

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Montag nach Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: fünf Mark für Monat Juli 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.60 Mark. Eine Belegungsstelle. Kosten von Druck, Produktions-Großhandlung für den Verlag Halle-Merseburg (GmbH., Halle, Vertriebsstraße 14.

Herausgeber: Otto Rilian

Verlagspreis: 9 Goldmarken 1. u. 2. Klasse. 25 Goldmarken 1. Klasse im Jahr. Zusatztitel zu richten nach Halle, Vertriebsstraße 14. Tel. 1045, 1047, 1051. Telegramm-Adress: Klassenkampf. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Vertriebskonto: Leipzig 1068 48 Reichsbank, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 14. Juli 1924

4. Jahrgang * Nr. 111

Neue Heuchelei der Gewerkschaften Eine ADGB-„Aktion“ mit Widersprüchen

Halle, 14. Juli.

Angesichts der ungeheuren Erregung, die sich weitestens Volkskreise wegen der Steuer- und Zollpläne bemächtigt hat, die die Regierung zwecks Durchführung des Sachverständigenrats dem Reichstag zur Annahme vorlegen wird, sieht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sich bewogen, wieder einmal eine Aktion zu unternehmen um „Ruhe und Ordnung“ für die Bourgeoisie sicherzustellen. Er versichert allerdings darauf, ein Programm zu verfolgen, in der richtigen Empfindung, daß neue zehn Punkte usw. von vornherein beim Proletariat hieße Erinnerungen wecken würden.

Die Strategien des ADGB, verfahren es diesmal mit einer anderen Taktik. Sie machen zu nächst einen Wittgang zum Reichstagler, in der Hoffnung, hier mit den bekannten allgemeinen Steuersorten zur Täuschung der arbeitenden Massen verjagt zu werden.

Was es kam anders als es sich die Arbeitseingemeinschaften dachten. Die Marx-Jarres-Regierung beginnt das Interesse an der „Gemeinschaft“ mit ihren Raketen zu verlieren. Die Reaktion hat sich inzwischen so fest in den Sattel gesetzt, daß sie der Trümpfelreichenden Steigbügelhalter überdrüssig ist. Und dementsprechend werden die Wittgänger vom ADGB ziemlich deutlich abgefeuert. Die Regierung gab offen zu, daß die bestehenden Kreise nicht weiter befristet werden können. (Vgl. „Klassenkampf“ vom 12. Juli.)

Die alten Bierbrennpolitiker vom ADGB wurden über diese Haltung ihrer Brüdern einermäßen bestürzt und begannen, nicht der bekannten „Vertraulichkeit“, die von der SPD, sonst peinlich in den Interessen der Bourgeoisie gewahrt wird, allerlei auszulplaudern, worauf die Regierung überflüssig zu plaudern begann und — alles häßliche, was bisher ausgeplaudert worden war. So heißt es in einer offiziellen Wolff-Meldung:

„Die Mitteilung des Reichsfinanzministers über die weitere Erhaltung des Besten, die er als Traum bezeichnet habe, ist entsetzlich worden. Der Minister hat herangezogen, daß er entgegen der bisherigen Vorgeschichte eine frühe Erhaltung des Besten und eine gerechte Verteilung anstrebe; er wolle es allerdings als einen Traum bezeichnen, wenn man annehme, daß dabei einwirkende Anzeichen der frühen Lage von Landwirtschaft und Industrie wesentliche Mehrerträge erzielt werden könnten.“

Man muß schon die Gehirnverfälschung eines preußisch-deutschen Bureautanten besitzen, um aus dieser Meldung nicht zu begreifen, daß der „Traum“ des Herrn Luther nicht entsetzlich worden ist. Der Herr Finanzminister gibt ja selbst zu, daß er „wesentliche Mehrerträge“ aus dem Besten nicht erzielen zu können glaubt. Was das für die Steuerpraxis heißt, bedarf keiner weiteren Erklärung. Es muß für die Politikanten des ADGB, besonders peinlich ge-

wesen sein, als Luther sie mit ihren eigenen Worten schlug. In einer Regierungserklärung über die Besprechungen heißt es nämlich:

„Reichsfinanzminister Dr. Luther bezeichnete es als erste Voraussetzung für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, daß sich in Deutschland wieder Kapital bilde. Es sei falsch, zu glauben, daß sich in Deutschland lediglich eine Vermögensverflechtung vollzogen habe. Nachdem man jahrelang mehr ausgegeben als eingenommen habe, ließe es sich heute ein ungutes Minus zu verzeichnen. Deutschland besitze nur seine Arbeitskraft, die auf äußerliche Ausgenutzt werden müsse. Die allgemeine Umsatzsteuer werde in Spezialverbrauchssteuern umgebaut werden müssen, wobei insbesondere der Bier- und Tabaksteuern stark herangezogen werden dürften.“

Was hier von Luther mit wenigen dürren Worten gesagt wurde, haben Leute wie Striemer, Hugo Lindemann, Max Schippel u. a. m. jeit Jahr und Tag in langen Aufsätzen im Korrespondenzblatt des ADGB, und in den „Sozialistischen Monatsheften“ verfochten. Besonders Lindemann, die kommunalpolitische „Größe“ der SPD, hat auf diesem Gebiet größte theoretische Verrentungen vollbracht, indem er Karl Marx zum Kronzeugen für seine eigene Vulgarökonomie umzufächeln suchte. Jetzt also erhielten die ADGB-Brüder die Arbeiterpartei der eigenen Vaterlandspartei vorgelegt. Höchst peinlich in dem Augenblick, wo man nach außen hin, vor dem Proletariat, wieder einmal den „Arbeiterfreund“ und „Kadibater“ spielen wollte!

Aber die Herrschaften haben noch andere Wäsen auf ihrem Eigengrammophon. Sieben beginnen sie mit einer neuen Kampagne, wie folgende Nachricht zeigt:

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Der ADGB, hat angekündigt, daß er die Kampagne für den Achtundzestig mit aller Kraft (!!) einsetzen wird. Die organisatorischen und technischen Vorbereitungen für die Propaganda sind schon getroffen, um die Reichsregierung durch Druck von außen zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu zwingen. Die Propaganda für den Volkseinstand soll mit aller Kraft eingeleitet werden.

„Daß Du die Ras' ins Gesicht behältst“, würde Fritz Reuter sagen, wenn er diese grobgräbige Frechheit Ostel Bräutig zur Begutachtung vorzulegen gehabt hätte. Dieselbe Verräterbande, die alles getan hat, um den Achtundzestig abzuwürgen, will ausgerechnet jetzt als die Vorkämpfer für seine Wiedereinführung aufstellen!

Der Kubhandel um die Reichsregierung

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Die Bildung einer Reichsregierung, bestehend aus Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei in Anhalt scheint die Entwicklung der Dinge im Reich zu beschleunigen. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei sind bereits so weit gediehen, daß die Umbildung der Reichsregierung und der Eintritt der Deutschnationalen Partei in die Regierungsverantwortung in Kürze spruchreif ist. Die Deutsche Volkspartei hat bereits in den Entschlieungen ihrer Zentralauschussung in Frankfurt a. M. zum Ausdruck gebracht, daß eine Durchführung des Sachverständigenberichts ohne die Mitwirkung der breiteten bürgerlichen Kreise unmöglich ist.

Obwohl das Reichsjustizministerium das Gutachten dahin abgegeben hat, daß die verschiedenen Gesetze aus dem Sachverständigenbericht nicht der qualifizierten Mehrheit für verfassungsändernde Gesetze bedürfte, ist man in den leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei noch dem Gedanken abgekommen, auf so schmaler Basis die Gesetze zur Annahme zu bringen. Es besteht jetzt begründete Hoffnung, daß die Deutschnationalen Partei unter gewissen Bedingungen bereit ist, auf dem Zustandekommen der erwähnten Gesetze mitzuwirken. Da auf die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei nach ihrer bisherigen Haltung sicher zu rechnen ist, wäre die Annahme der Gesetze mit über Zweidrittel-Mehrheit damit gesichert.

Was die „nationalen Männer“ bringen

Steigen der Weizenpreise

Die Ankündigung von Sochschuh-Jöllens durch die Regierung hat ein starkes Steigen der Weizenpreise, die vor kurzem noch 10 bis 15 Prozent unter den Weltmarktpreisen gehandelt haben, bewirkt. Jetzt hat ein weiterer Schritt des Grafen Kanitz, des Ernährungsministers im Marx-Kabinett, die Weizenpreise noch kühnlicher emporschellen lassen. Er hat am Freitag den Prä-

identen der Reichsgetreidekasse ermächtigt, die Ausfuhr für Getreide teilweise freizugeben.

Die Folge ist, daß getrennt der Preis für 100 Kilogramm märkischen Weizens an der Berliner Produktionsbörse auf 150 bis 156 Mt. gegen 144 bis 149 Mt. am Freitag gestiegen ist. Der Roggenpreis hat sich auf 134 bis 142 Mt. gegen 131 bis 141 Mt. erhöht.

Damit haben die Junker, noch ehe die Sochschuh-Jöllens in Kraft treten, einen ersten Erfolg erreicht. Die Sochschuh-Jöllens können erst dann wirksam werden, wenn die deutschen Getreidepreise mindestens die Weltmarktpreise erreicht haben. Das erzielen die Junker dadurch, daß ihr Agent im Ministerium die Ausfuhr freistellt.

Der Massenwucherer wächst. Die Arbeiterstadt muß sich wehren. Die Sozialdemokratie propagiert den Freihandel, flüht aber die Regierung, die den Freihandel aufhebt und den Getreidebäuer der Junker begünstigt.

Das Proletariat muß sich sofort in Stadt und Land zusammenschließen, um die Ausfuhr von Getreide zu verhindern. Die Landarbeiter durch ihre Gutsherrn müssen kontrollieren, wozu jeder Getreidebäuer geht. Die Transportarbeiter auf der Eisenbahn müssen jede Getreideabfuhr nach dem Ausland aufhalten. Die Konsumgenossenschaften, die Gewerkschaften müssen mobilisiert werden im Kampf gegen den Massenwucherer.

Wachsamkeit aller in den Händen der Junker befindlichen Getreidevorräte zugunsten der Werktätigen, Verhinderung der Getreideausfuhr — das ist die Lösung gegen den Brotwucherer der Junker.

Auch Industriehutzzölle

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. Juli.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter beschließt die Reichsregierung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für bestimmte Industriezweige Schutzzölle einzuführen. Dies ist vor allem deshalb notwendig, weil sich bei den Verhandlungen über Sonderabverträge, die zurzeit noch verhandelt werden, ein eingeleitet sind, Schwierigkeiten im Hinblick auf die noch bestehenden Einfuhrverbote ergeben haben. Es dürften etwa 150 Positionen des Zolltarifs in Betracht kommen. In erster Linie handelt es sich um Ge-

und welche besonderen Mittel werden sie an? Gehens; der Druck von außen. Was heißt das? Auf der Seite der Arbeitseingemeinschaften diesem ausgemachten kapitalistischen Kluff, haben die doppelgängerigen Vertreter der Ententeinteressen erklart, daß sie dem Achtundzestig sympathisch gegenüberstünden und der französische Gewerkschaftsreformist hat schließlich hinzugefügt, man müsse im Dawes-Plan die achtstündige Arbeitszeit für Deutschland festlegen.

Am vorigen Freitag hat der „Klassenkampf“ zu diesem Schwindel eingehend Stellung genommen und gezeigt, daß die sozialdemokratische Einheitsfront bei den Alliierten gegen die deutsche Arbeiterpartei stände kam, weil die Ententekapitalisten die deutsche Konkurrenz fürchten. Jetzt scheint sich der ADGB, diesen merkwürdigen „Sozialreformen“ anzuschließen. Zugleich ermpfindet er nicht, wie er sich selbst selbst überlegt: die Gewerkschaftler und die Sozialdemokraten sind für den Dawes-Plan, der von den deutschen Kapitalisten, falls sie nicht auf ihre eigenen Profite verzichten und überhaupt Zahlungen an die Entente geleistet werden sollen, nur mit Wehrkraft durchgesetzt werden kann. Wenn jetzt der ADGB, gegen diese von ihm bisher gewünschte und gefälligte Arbeiterpartei Stellung nimmt, so nimmt er damit — gegen den Dawes-Plan Stellung!

Ein groteskes Ergebnis, das beweist, wie blind und dumm die Gewerkschaftler auf den Aufruf der Entente sind! Ebenfalls blind und dumm ist natürlich die sozialdemokratische Forderung nach einem Volkseinstand. Der Volkseinstand über die Arbeitszeit im bürgerlichen Klassenkampf überhaupt und besonders zu einer Zeit, wo der Welke Terror ungehindert wirkt, ist ein Vorschlag, der ernsthaft nur von unheimlichen Mistpfeifen oder aber von Lumpen und Betrügern gemacht werden kann.

Das Proletariat wird sich keinen Augenblick durch solche erbärmlichen Kitzelherrnisse überdrehen lassen. Seit Jahr und Tag haben die Arbeiter an eigenen Leiden erfahren, wie sie belogen und betrogen worden sind. Sie wissen, daß alle Parolen und Aktionsanforderungen des ADGB, und der SPD, immer nur Heuchelei waren; daß jedesmal, wenn's Ernst wurde, die Herren Führer mit eingetragener Schwanz bangenrannet sind und nach einer Anstandsperiode Schweigschweigen im Unternehmerrager aufsuchten.

Die neue „Kampagne“ des ADGB, ist, wie wir gezeigt haben, nichts anderes. Der ADGB, und seine Helfershelfer werden an der Steuerabgabe der Unternehmer, an den Agrarzöllen und der Arbeitszeitverlängerung mit allen ihren Parolen nichts ändern. Helfen kann nur der rücksichtslose Kampf der revolutionären Arbeiterpartei, der zum Sturz der bürgerlichen Klassenmacht führt. Und die Führer in diesem Kampf ist die SPD.

zeugnisse der heimischen und der Textilindustrie. Die für die Reichsregierung behaltene Ermächtigung, Zollserhöhungen selbständig vorzunehmen, ist am 30. Juni abgelaufen. Diese ermächtigte Vollmacht soll erneuert werden, damit die Regierung auch künftig in notwendigen Einzelfällen Zollserhöhungen von sich aus veranlassen kann. Es wird in parlamentarischen Kreisen damit gerechnet, daß es kaum möglich sein würde, für die Industrie Schutzzölle durchzubringen, wenn nicht auch der Landwirtschaft in dieser Hinsicht eine Verbesse rung ihrer Lage zugestanden werden kann.

Selbstverständlich geht auch das Streben der Industrie — wie die Geschichte der deutschen Schutzollbewegung zeigt — dahin, den heimischen Markt zu monopolisieren. Die neuen Schutzzölle sind natürlich in erster Linie als Wirkung des Dawes-Plans — Erhöhung der Zollentnahmen des Reiches — zu betrachten. Man benutzt diese Zölle, um von ihrer „Notwendigkeit“ aus auch die Standstillen landwirtschaftlichen Zölle zu rechtfertigen.

Bürgerliche und Sozialdemokraten lassen die Armen verhungern

Ablehnung aller kommunistischen Anträge im Sozialpolitischen Reichstagsausschuß

In Berlin tagte von Dienstag bis Freitag vergangener Woche der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages, in dem zur Vorlage der Rentenempfänger, Erwerbslosen, Kriegeschädigten, Sozial- und Kleinrentner, der Invaliden und der Schwangeren- und Kinderlosen berechtigte Stellung zu nehmen. Die ganzen Verhandlungen waren von dem Geiste der schamlosten Verhöhnung der Armen getragen. Sämtliche Anträge der Kommunisten, die Unfall- und Altersrenten auf das Existenzminimum zu erhöhen, wurden abgelehnt. Die Anträge auf Erhöhung auf Wochenbeihilfs- und Entbindungskosten wurden gleichfalls abgelehnt und in der Freitagssitzung die eingehenden kommunistischen Anträge auf Verbeisprechung der Erwerbslosenunterstützungssätze verworfen. Die Sozialdemokra-

ten gingen bei den Abstimmungen fast ausnahmslos mit den Bürgerlichen zusammen.

Die ganzen Verhandlungen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten zeigten in den vierstündigen Beratungen mit aller Deutlichkeit, in welcher schamloser Weise die Bürgerlichen und die Sozialdemokratische Partei während des Wahlkampfes all die Schichten belogen und betrogen haben, denen sie Erleichterung ihrer Lage versprochen unter der Bedingung, von ihnen auch gemäßigt zu werden.

Zwei-Minuten-Komödie

Die Reichsregierung will die traurige und zugleich empörende Tatsache des Todes an Millionen von Menschen im Weltkriege ausnutzen zu einer formidablen Feiern. Am 2. August soll in ganz Deutschland eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkrieges stattfinden. In Berlin wird die Feier zwischen 11 und 12 Uhr vor dem Reichstagsgebäude stattfinden. Die Gedenkreden halten zwei Reichspräsidenten der Reichswehr und Fritz Ebert. Dem Gedenken aller Kriegstoten und einem Antireiterlauf soll Punkt 12 Uhr folgen.

„ein allgemeines, der Trauer um die Kriegesopfer gemächliches Schweigen von zwei Minuten mit allgemeiner Verzehrerhilfe“

folgen. Gleichzeitig soll eine schwarz-rote Parade mit einer Reichskriegsflagge (die neue Reichsmarineflagge) gefeiert werden. Statt die Opfer des Krieges, die Krüppel, die Witwen und Waisen zu unterstützen, was ja auch während des Krieges nicht vernachlässigt worden ist, veranstaltet die Regierung ein widerliches Komödienfestspiel. Diese Kundgebung werden mit die nationalpolitischen Kriegesgeheimräte, die Verbände der Kriegspolitiker und die Feinde der Kriegspolizei besuchen. Die arbeitenden Massen werden ihr fern bleiben und ihre eigenen Kundgebungen

Mehrarbeit und Antreiber-system

(Von unserem Berichterstatter)

Die Zeitungen der letzten Wochen melden wiederum eine gewaltige Steigerung der Unglücksfälle, deren Ursache die Mehrarbeit der Arbeiter und ein brutales Antreiber-system sind. Zunächst die Meldungen:

Auf der Grube Wachtberg (Röhre Brauntonsteinzeiger) sind in den letzten drei Wochen 16 Personen verunglückt, davon drei tot.

Auf Grube Graf Reuß sind seit dem letzten Streik 26 Personen verunglückt.

Aus Dorsten wird gemeldet, daß auf Jede Hüfte Leopold zwei Bergarbeiter tödlich verunglückt sind.

In Reck hängen sich die Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. Von einem Neubau stürzt ein Handlager von 30 Meter Höhe herab. Es ist keine Verletzung bereits erlegen.

Als Gegenbeispiel wird gemeldet: In der „Totenstraße“ der Schmelzerei des Erdwerkes sind von 1000 Mann Beschäftigte

beim 180-200 Mann stark, die sich innerhalb der ersten drei Tage des Krankheits der Krankenkassen vorzubereiten haben, um eine genauere Untersuchung, d. h. gefehlt zu werden. Als Hauptmaßnahme der Einsparung in diesem Betriebe „arbeitet“ ein Oberleutnant

In Bochum wurde ein Arbeiter bei der Firma Rieg von einem schwebenden Erdballen erschlagen. Er mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Auf der Grube Sankt Paul wurde ein Arbeiter von herabfallenden Steinen erschlagen. Auf der Grube Karolinengraben wurden zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß ihre Überführung in das Krankenhaus erfolgen mußte.

Auf Grube Wilhelm fuhr ein Zug der Grubenbahn infolge der Hege auf einen Bergzug. Der Heizer erlitt schwere innere Verletzungen und Brandwunden.

Während der Ausperrung der Bergarbeiter in Sachsen wurde die „Teno“ eingeleitet, zur Erhaltung der Wirtschaft. Der Erfolg zeigte sich durch folgende Unglücksfälle, die durch den schlechten Wabau durch die Teno veranlaßt wurden:

Auf dem Bergschacht zwei Tote, auf dem Bahnhofsgraben drei Tote, auf den Wilhelmgraben zwei Tote, auf dem Hermannsgraben ein Arbeiter schwer verletzt.

In den Brittenwerken der Farbenfabriken Bayer-Ludwig, den Gruben Wachtberg, Wilhelm und Wöding sind a 413 Arbeiter verunglückt, davon drei tödlich. Nicht einbezogen ist eine Anzahl von Unglücksfällen, bei denen Arbeiter Verluste von Gliedmaßen zu beklagen hatten.

Auf Grube Pauline (Kohlenbergbau) ereignete sich eine Gasexplosion, vier Arbeiter fanden dabei den Tod. Natürlich kamte „die Veranlassung“ des Unglücksfalles nicht festgestellt werden — die Proleten kennen sie nur zu genau.

Selbst die Katastrophen des Grubentapitals können um diese Lasten nicht herum. Die sozialdemokratische „Reinische Zeitung“ schreibt in ihrem Blatt dazu:

„Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß auf den Anlagen, die zum Teil seit über 21 Jahren in Betrieb sind, bis vor wenigen Jahren verhältnismäßig wenig Unglücksfälle zu verzeichnen waren, diese aber seit dem Uebergang der Anlagen in den Besitz der Farbenfabriken sich so stark vermehrt, daß die Zahl der bis dahin eingetretenen Unglücksfälle fast um das Dreifache übersteigen, ist es an der Zeit, die Ursache dieser Erscheinung einer genaueren Prüfung zu unterziehen.“

und weiter jammert sie dann um Hilfe:

„Es ist endlich einmal Zeit, daß sich die vorgezeichneten Behörden mit den Gründen für die ganz anomale Vermehrung der Unglücksfälle auf den besagten Gruben beschäftigen.“

„Für die Arbeiter ist es natürlich klar, daß die Regierung und die kapitalistische „vorgelegte Behörde“ niemals helfen werden, sondern nur die Sozialisierung der Bergwerke.

In Tagen erlitt die Firma Eiden & Co. eine Befehlsanweisung, in der es heißt:

„Wir machen hierdurch bekannt, daß wir in der Zeit vom 1. Januar bis 23. Juni 1924 genau dieselbe Zahl Betriebsunfälle hatten wie im ganzen Kalenderjahr 1923. Diese Unfälle sind wohl zum größten Teil auf Unachtsamkeit zurückzuführen. Ferner haben wir feststellen können, daß die meisten Unfälle bei Schichtausgang, Schichtbeginn bzw. nach Einbruch einer Pause eingetreten sind.“

Wie richten an unsere Beschäftigten im eigenen Interesse die

zum Protest gegen die Kriegsschuldigen und gegen die Hege zu neuen imperialistischen Kriegen veranlassen.

Die obersteinsten Wahlen erneut verschoben

Berlin, 13. Juli. Der Reichsminister des Innern hat auf Wunsch der preussischen Verwaltung und größerer Teile der obersteinsten Bevölkerung den Termin für die Wahl zum Reichstag (Doppelwahl) vom 14. auf den 21. September verlegt. Die in der Verordnung vom 3. Juli 1924 auf die Zeit vom 17. bis 24. August 1924 festgelegte Wahlordnung ist für die Stimmgültigen und Stimmlisten nicht unverändert.

Die erneute Verlegung des Wahltermins bedeutet, daß die Regierung den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Wahlkampf gegen die Kommunisten unter die Arme greifen will. Der Wunsch der Junker Oberklasse, erst ihre Erntefrüchte in der Scheune zu haben, der Wunsch der sozialdemokratischen und anderen Parteien, den neuen obersteinsten Wahltag in die Parlamentarierkassen fallen zu lassen, um mit allen Kräfte dann gegen die Kommunisten vorgehen zu können, für die die Mehrheit der Bevölkerung sich am 4. Mai ausgesprochen hat, ist von der falschlichen Regierung erfüllt worden. Das Band- und Fabrikproletariat Obersteinsten weiß, warum es ist für die Partei des revolutionären Kampfes zu entscheiden und wird allen Kräfte der heuchlerischen Demokratie zum Trotz die selbe Entscheidung treffen.

Fränkische Befugungsbehörde gegen die Kommunisten

Die fränkische Befugungsbehörde hat nach Meldungen der bürgerlichen Presse unter Erbreranz in Düsseldorf, die „Freiheit“, mit der Beilage „Der rote Stern“ für die Zeit vom 11. Juli bis 24. Juli verboten.

Mehrarbeit und Antreiber-system

(Von unserem Berichterstatter)

Die Zeitungen der letzten Wochen melden wiederum eine gewaltige Steigerung der Unglücksfälle, deren Ursache die Mehrarbeit der Arbeiter und ein brutales Antreiber-system sind. Zunächst die Meldungen:

Auf der Grube Wachtberg (Röhre Brauntonsteinzeiger) sind in den letzten drei Wochen 16 Personen verunglückt, davon drei tot.

Auf Grube Graf Reuß sind seit dem letzten Streik 26 Personen verunglückt.

Aus Dorsten wird gemeldet, daß auf Jede Hüfte Leopold zwei Bergarbeiter tödlich verunglückt sind.

In Reck hängen sich die Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. Von einem Neubau stürzt ein Handlager von 30 Meter Höhe herab. Es ist keine Verletzung bereits erlegen.

Als Gegenbeispiel wird gemeldet: In der „Totenstraße“ der Schmelzerei des Erdwerkes sind von 1000 Mann Beschäftigte

beim 180-200 Mann stark, die sich innerhalb der ersten drei Tage des Krankheits der Krankenkassen vorzubereiten haben, um eine genauere Untersuchung, d. h. gefehlt zu werden. Als Hauptmaßnahme der Einsparung in diesem Betriebe „arbeitet“ ein Oberleutnant

In Bochum wurde ein Arbeiter bei der Firma Rieg von einem schwebenden Erdballen erschlagen. Er mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Auf der Grube Sankt Paul wurde ein Arbeiter von herabfallenden Steinen erschlagen. Auf der Grube Karolinengraben wurden zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß ihre Überführung in das Krankenhaus erfolgen mußte.

Auf Grube Wilhelm fuhr ein Zug der Grubenbahn infolge der Hege auf einen Bergzug. Der Heizer erlitt schwere innere Verletzungen und Brandwunden.

Während der Ausperrung der Bergarbeiter in Sachsen wurde die „Teno“ eingeleitet, zur Erhaltung der Wirtschaft. Der Erfolg zeigte sich durch folgende Unglücksfälle, die durch den schlechten Wabau durch die Teno veranlaßt wurden:

Auf dem Bergschacht zwei Tote, auf dem Bahnhofsgraben drei Tote, auf den Wilhelmgraben zwei Tote, auf dem Hermannsgraben ein Arbeiter schwer verletzt.

In den Brittenwerken der Farbenfabriken Bayer-Ludwig, den Gruben Wachtberg, Wilhelm und Wöding sind a 413 Arbeiter verunglückt, davon drei tödlich. Nicht einbezogen ist eine Anzahl von Unglücksfällen, bei denen Arbeiter Verluste von Gliedmaßen zu beklagen hatten.

Auf Grube Pauline (Kohlenbergbau) ereignete sich eine Gasexplosion, vier Arbeiter fanden dabei den Tod. Natürlich kamte „die Veranlassung“ des Unglücksfalles nicht festgestellt werden — die Proleten kennen sie nur zu genau.

Selbst die Katastrophen des Grubentapitals können um diese Lasten nicht herum. Die sozialdemokratische „Reinische Zeitung“ schreibt in ihrem Blatt dazu:

„Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß auf den Anlagen, die zum Teil seit über 21 Jahren in Betrieb sind, bis vor wenigen Jahren verhältnismäßig wenig Unglücksfälle zu verzeichnen waren, diese aber seit dem Uebergang der Anlagen in den Besitz der Farbenfabriken sich so stark vermehrt, daß die Zahl der bis dahin eingetretenen Unglücksfälle fast um das Dreifache übersteigen, ist es an der Zeit, die Ursache dieser Erscheinung einer genaueren Prüfung zu unterziehen.“

und weiter jammert sie dann um Hilfe:

„Es ist endlich einmal Zeit, daß sich die vorgezeichneten Behörden mit den Gründen für die ganz anomale Vermehrung der Unglücksfälle auf den besagten Gruben beschäftigen.“

„Für die Arbeiter ist es natürlich klar, daß die Regierung und die kapitalistische „vorgelegte Behörde“ niemals helfen werden, sondern nur die Sozialisierung der Bergwerke.

In Tagen erlitt die Firma Eiden & Co. eine Befehlsanweisung, in der es heißt:

„Wir machen hierdurch bekannt, daß wir in der Zeit vom 1. Januar bis 23. Juni 1924 genau dieselbe Zahl Betriebsunfälle hatten wie im ganzen Kalenderjahr 1923. Diese Unfälle sind wohl zum größten Teil auf Unachtsamkeit zurückzuführen. Ferner haben wir feststellen können, daß die meisten Unfälle bei Schichtausgang, Schichtbeginn bzw. nach Einbruch einer Pause eingetreten sind.“

Wie richten an unsere Beschäftigten im eigenen Interesse die

Lenin und der Ausbruch des Weltkrieges

Von G. Nowojew

Schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges hatte Lenin sich mit den europäischen Sozialisten. Er wußte, daß etwas falsch war im Staate Dänemark. Er sagte schon viel längerer Zeit von den offiziellen Sozialisten, daß sie mit den forumpirierten Waren des Opportunismus Schmuggel treiben.

Als der Krieg ausbrach, wühlten wir in einem verlorenen Dorf der galizischen Berge. Ich erinnere mich, wie ich damals gegen Lenin sprach. Ich sagte: „Sie werden sehen, die Herren Sozialdemokraten Deutschlands werden es nicht wagen, gegen den Krieg zu sprechen, sie werden sich der Stimme enthalten.“ Und Lenin antwortete: „Nein, sie sind trotz allem noch nicht solche Schurken. Gewiß, kämpfen werden sie nicht gegen den Krieg, sie werden aus Gewohnheit nur gegen ihn kämpfen, damit die Arbeiterklasse nicht gegen sie erhebt.“ Lenin täuschte sich damals, wie auch ich mich getäuscht habe. Wir hätten die Schurkerei dieser Väter der „nationalen Verteidigung“ nicht in ihrer wahren Größe eingeschätzt. Die europäischen Sozialisten erlitten vollkommenen Schiffbruch. Sie haben für die Arbeiter gekämpft.

Als wir die erste Nummer des offiziellen Organs der deutschen Sozialdemokraten den „Vorwärts“ erhielten, brachten wir Lenin die Mitteilung, daß sie für die Arbeiter gekämpft haben. Er wollte das zuerst nicht glauben. „Das ist nicht möglich“, sagte er, „das ist wahrscheinlich eine falsche Nummer des „Vorwärts“, die diese elenden deutschen Bourgeois herausgegeben haben, um uns zu täuschen und uns so zum Verrat an der Internationale zu zwingen.“

Doch dem war leider nicht so. Es demarshierte sich, daß die Sozialisten der „nationalen Verteidigung“ für die Militärkredite gekämpft haben. Als Lenin ebenfalls zu dieser Überzeugung gekommen war, war sein erstes Wort:

„Die 2. Internationale hat aufgehört zu existieren.“

Diese Worte brachen über uns herein wie eine Bombe. Heute sehen wir es klar ein. Ja, die 2. Internationale hat aufgehört zu existieren. Das ist uns so geläufig, wie das Alphabet. Doch denken wir einmal an die Bedeutung der 2. Internationale vor dem Kriege. Sie zählte damals, auf dem Papier, wenigstens einige Millionen Anhänger. Autoritäten wie Kautsky, Vandervelde, Bailant, Guesde, Liebknecht gehörten ihr an. Und gegen sie alle erhebt sich hier ein unbekannter russischer Mann und erklärt, daß die 2. Internationale zusammengebrochen ist, und das sei gut so.

Die Anschuldigungen und Klagen von Seiten der „amerikanischen Führer“ der 2. Internationale leiten die unerschämten Bolschewiken nahmen kein Ende. „Es ist unerhört“, sagten sie, „Lenin beschimpft die Sozialisten der ganzen Welt.“

Lenin war einer der Urheber des Hauptabschnittes der Resolution des internationalen Sozialkongresses in Stuttgart aus dem Jahre 1907. Mit Rosa Luxemburg zusammen machte er dem Kongress von Stuttgart den Vorschlag, die Tatlage anzuerkennen, daß, wenn der imperialistische Krieg ausbrechen sollte, unsere Aufgabe darin bestehen müßte, die Revolution zu provozieren, mit anderen Worten, den Bürgerkrieg herbeizuführen. Nach langen Diskussionen nahm der Kongress diese Resolution an. Die gewählte Formel unterließ sich ein klein wenig von der Fassung, die Lenin ihr gegeben hatte. Lenin erzählte uns, wie er mit Bebel über die Fassung der Resolution gesprochen habe. Bebel sei theoretisch mit dem Grundgedanken einverstanden gewesen. Aber er habe große Vorzüge im Ausdruck gefordert, um „die Gänge nicht vor der Zeit zu erdfreden“.

Aber dann kam der imperialistische Krieg. Und als Lenin nun die Resolution von Stuttgart wiederholt, als Lenin den Führern der 2. Internationale die Bebel'sche Resolution präsentiert, da wendet man den Blick verachtend von ihr ab und geht zur Tagesordnung über — was praktisch bedeutet, daß jeder Sozialpatriot sich auf den Hals begibt, den ihm seine Regierung zuweilt.

Ich erinnere mich an das erste Manuskript unserer Arbeit im Kriege. Es ist selbstverständlich zum größten Teil von Lenin geschrieben, wie alle unsere wichtigsten Dokumente unserer Partei. Als wir es in die europäischen Sprachen überließ hatten, und Leute, wie der schwedische Internationalist Grimm, der rumänische Revolutionär Rakowski — der sich jetzt in unseren Reihen befindet, es lesen konnten, da zeigten sie unserer Partei eine ungeheure Verehrung. Es verlegte sie in Schreien, zu lesen, daß man den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umwandeln müßte.“ Jetzt ist diese Erkenntnis für uns wie das Alphabet. Es ist unsere einzige und hauptsächlichste Tätigkeit: wir wankeln den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg um. Zu jener Zeit aber war dies unerhört.

Man erklärte uns, daß nur Quarantäne eine solche Propaganda treiben könnten, und man sagte uns Krieg an. Selbst auf der Zimmerwald Konferenz wurden wir von den Gemäßigten bekämpft, weil wir erklärten: „Marxismus (der im vorigen Jahr verlorene Führer der Bourgeoisie, früher iniger Zentren Lenins) ist ein Agent der Menschheit.“ Wie können Sie es wagen, so etwas zu sagen?“ „Ihr seid man uns zu“, wir kennen Marx seit zwanzig Jahren.“

Wir antworteten: „Wir kennen Marx ebenso gut wie Sie, und wir behaupten, daß alle russischen Arbeiter zu uns kommen werden, um gegen den Krieg zu kämpfen, und daß Marx den Standpunkt der Bourgeoisie verteidigt.“

Aber es handelt sich nicht um die einzigen. Ich erzähle dies, damit man weiß, welche Korruptivität zu Anfang des Krieges in den Reihen des europäischen Sozialismus wütete. Man war nicht bereit, zu kämpfen. Jeder hatte sich daran gewöhnt, die alten, ausgetretenen Wege der Legalität und des Parlamentarismus zu gehen. Alle diese alten Führer glaubten an die Legalität wie an einen Fetisch. Es kostete ungeheure Anstrengungen, um uns hier einen Weg zu bahnen, selbst bei den Zimmerwaldern.

Die Bewegung Lenins mit Bebel'scher in Zimmerwald steht mir noch deutlich vor Augen. Ledebour sagte: „Ja, Sie, die Sie im Ausland sind, Sie berufen sich auf den Bürgerkrieg. Ich möchte einmal sehen, wie Sie ihn in Deutschland durchführen wollen.“ Wenn Ledebour sich an diese Worte erinnert, wird er, glaube ich, nicht an den Sozialisten antworten, wie er sagte: „Als Marx das Kommunistische Manifest schrieb, lebte er auch im Ausland, und nur dort wurde Bourgeoisie, lebte er auch im Ausland, und nur dort lebte er im Ausland, weil die russischen Arbeiter mich doch hin geschickt haben. Wenn die Stunde kommt, werden wir auf unsere Kosten sein.“ Und Lenin hat Wort gehalten.

Weitere Stilllegungen

(Ein. Dr. Dr. Dr.) Essen, 14. Juli. Am Sonntagabend haben vier weitere Schichtanlagen Stillgelegt. Es verbleibt, daß am 1. August Gesamtstilllegung leitens der Unternehmern erfolgen soll.

Die Ukrainer und Weißrussen wollen zu Sowjet-Rußland

Zumultigungen im polnischen Parlament

(WZ.) Königsberg, 11. Juli.

Nach einer vierstündigen Sitzung des „Vierhundert-Komitees“ im Verlauf der gestrigen Sitzungsperiode über drei Reformgesetze für die Winderheiten in den Stajebien zu Lebzeiten zumutet. In ukrainischer Sprache erklärte Gacotow, daß die Ukrainer und Weißrussen ihre Wehrkräfte, einen Staat im Verbands der russischen Sowjet-Republik zu bilden, niemals aufgeben würden. Diese Erklärung enthielt eine laienhafte Stimmung auf der rechten Seite, die abgelesen werden mußte. Die Ukrainer verlangten beim Verlassen des Saales eine Resolution. Nach der Sitzung hielt der Woiwode ein eine Rede, in der er die beiden Kammern über die Haltung und Sentimenten der Ukrainer und Weißrussen teilte. Das Haus nahm nach Wiedereröffnung der Sitzung die drei Reformgesetze in zweiter und dritter Lesung an. Die Vertreter der Winderheiten nahmen an der Sitzung teil.

Die Faltung der Ukrainer und Weißrussen ist ganz verständlich. Sie werden in Polen national gequält und unterdrückt, während Sowjet-Rußland das einzige Land ist, das das nationale Selbstbestimmungsrecht auch den kleinsten Nationen nicht nur in der Theorie, sondern in der Tat verleiht.

Die Eröffnung des Profintern-Kongresses

Am 8. d. M. fand die feierliche Eröffnung des Dritten Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale durch den Vorsitzenden der I. O. T. in Moskau statt. Der Kongreß führte aus, daß die Eröffnung mit dem vierhundertjährigen Jubiläum der I. O. T. zusammenfällt. Das Ergebnis der vierhundertjährigen Tätigkeit ist riesenhaft, aber noch wenige Millionen unter dem Einfluß des Reformismus. Der Kongreß der Arbeiter-Internationale habe die Kampflosigkeit und den veräusserlichen Charakter der Arbeiterbewegung. Die Reparationsfrage und das Sachverständigengutachten sei ein Kriterium für das Verhältnis zur Bourgeoisie. Der Kongreß müsse eine revolutionäre Kampfstrategie schaffen. Die revolutionäre Bewegung habe in der letzten Zeit die besten gemachten Fortschritte erlitten. Der größte Teil der Welt ist heute in der Hand der Gründungskongreß der I. O. T. habe eine klare Linie für die Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Der Reformismus veralle immer mehr.

Nach der Wahl des Präsidiums und der Kommissionen spricht für die russischen Gewerkschaften D. G. D. Die russischen Gewerkschaften, führt der Redner aus, bilden den Grundstock der I. O. T. und es besteht die größte Solidarität zwischen den russischen Gewerkschaften und der I. O. T.

Im Namen der Komintern führt Zucharin aus, daß der Weg der Komintern die Gewinnung der Massen durch die Gewerkschaften sei. Ihre Lösung lautet: „Heran an die Massen!“ Die Arbeiter-Gewerkschaften führen die Kampfrolle. Die Erhebung der Gewerkschaften für das Präsidium der Komintern erregt Thälmann das Wort und führt aus, daß der Weltkapitalismus sich in einer Todeskrise befindet und daß die Arbeiterbewegung immer noch einen großen Einfluß besitzt. Die Gewerkschaftsbewegung müsse in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt werden. Ein leuchtendes Beispiel sei die Arbeit der russischen Bolschewiki in den Gewerkschaften.

Im Namen der Arbeiterfront der I. O. T. „Profintern“, überreicht Zucharin dem Kongreß eine Fahne. Der Kongreß nimmt einen Aufruf an die Werktätigen aller Länder gegen den Weißen Terror an.

Attentat auf Zaghlul Pascha

Kairo, 13. Juli.

Auf Zaghlul Pascha, den ägyptischen Ministerpräsidenten, wurde in dem Augenblick, als er den Zug nach Alexandria bestiegen wollte, am dort als Gast des Königs dem Beiramt-Zeit beizuwohnen, ein Attentat verübt. Er wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Die erkrankte Menge versuchte, an dem Täter Vornachjustiz zu üben.

Zaghlul Pascha, der frühere antikenische Führer der ägyptischen Nationalfront, hat in letzter Zeit Umarmungspolitik an England betrieben. Auch in dem letzten Konflikt, der durch die Weigerung Englands entstand, den Sudan mit Ägypten zu vereinigen, versuchte er, zu einem Kompromiß zu gelangen, das vorläufig durch das Attentat verhindert worden ist.

Der Kommunistenprozess in München

(Eig. Draht.) München, 14. Juli.

Vor dem Schwurgericht München begann der Prozess gegen 62 Genossen, die bei einer Zusammenkunft von der bayerischen Polizei verhaftet worden waren. Unter den Angeklagten befinden sich die Reichstagsabgeordnete Schmitt, Wachmann, Florin, zu deren Strafverfolgung der Reichstag die Genehmigung erteilt hatte, und die bayerischen Landtagsabgeordneten Schäfer, Göß und Wüßig, deren Strafverfolgung der bayerische Landtag zugestimmt hatte. Als erster Angeklagter erklärte Genosse Karl Frank, daß er und seine Freunde jede Anklage verweigern würden, er selbst erklärte noch, daß er den Revolutionsminister angezweifelt habe. Der Angeklagte, Landtagsabgeordnete Göß übernahm die Verantwortung für die Konferenz und wies darauf hin, daß ein bayerischer Abgeordneter sich auch noch als Mitglied der verbotenen nationalsozialistischen Partei bezeichnen hätte. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

In einem anderen Münchener Anti-Kommunistenprozess wurden Arbeiter, die an einer Gedächtnisfeier am Grab Leinerts teilgenommen hatten, zu mehrtägigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Fahnenangriff auf Arbeiter

Shupo macht mit

(Eig. Draht.) Gagen, 14. Juli.

Die Hundertjahrfeier des Arbeitervereins wurde zum Anlaß einer fahnenartigen Kundgebung. Trotz guter Vorbereitung und dem Gefühl, daß Lubendorf und Hindenburg das Protektorat über den Arbeiterverein erhalten und selbst anwesend sein sollten, waren nur 400 Mann erschienen. Es gab Konzerte, Parade und Gottesdienste.

Das rote Tuch, in Gestalt von Arbeiterimpfen, führte die Harmonie des Festes und die Fahnen trugen nicht über, die man den Arbeitern die Harmonie abgenommen hatte. Shupo ging mit Gummihelmen gegen die Arbeiter vor, und verhaftete zwei Arbeiter. Als sich die Fahnen dann zu einem verbotenen Demonstrationstanz formierten, sah die Shupo ruhig zu. Drei Schupoleute, die sich entgegen stellten, wurden verprügelt und er-

griffen die Faust. Ein anderer Polizeileutnant mit acht Mann sah der Prügelei zu, ohne einzugreifen. Danach konnte die Demonstration ungehindert ihren Fortgang nehmen.

Sakentrenzler-Attade

(Eig. Draht.) Berlin, 13. Juli.

Bismarck-Büchler überfielen einige kommunistische Jugendliche und verletzten sie durch Pfeilschüsse schwer. Erst als unsere Genossen Verhaftung erzielten, konnten die Bismarck-Büchler in die Flucht geschlagen werden.

Nieder mit dem Sachverständigengutachten!

In dieser Woche wird die Kampagne gegen die Sachverständigengutachten in die Betriebe getragen. Alle Genossen sind nunmehr durch Funktionärseingaben in den Kreisorten und in Mitgliedereinrichtungen in den Ortsgruppen auf die Kampagne eingeklinkt. Es gilt jetzt die Belegschaften zu mobilisieren. Jeder Genosse ist verpflichtet mit größter Energie unter den Massen zu arbeiten. Ein ungeheurer Proteststurm gegen die Verflüchtung des wertvollen Volkes durch die internationalen Kapitalisten unter bereitwilliger Hilfe der deutschen Ausbeuter und der deutschen Ausbeuter-Regierung muß aus den Betrieben kommen.

Als Auftakt zu den allgemeinen Belegschaftsversammlungen finden

große Konferenzen der Betriebsräte, Erwerbslosenräte, Gewerkschaftsfunktionäre, Genossenschaftsfunktionäre und der Funktionäre aller anderen Arbeiterorganisationen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit statt.

Betriebsräte! Erwerbslosenräte! Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre!

Merjburg: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Fünftenburg“.

München: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „C. werkschaftshaus“.

Halle: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“.

Ummendorf: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Lichterhal“.

Döla: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, in der „Döläuer Heide“.

Kelba: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle“.

Artern: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Goethehaus“.

Sangerhausen: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Herrenturm“.

Milke: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Maler“.

Weihenfels: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Reichensaal der Bürgerhalle“.

Hamburg: Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn“.

Wittenberg-Biebereich: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Schägenhaus“.

Torga: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Waldfchenke“.

Dommitzsch: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, in der „Konnerthalle“.

Annaburg: Montag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.

Elsterwerda: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in „Präparade“.

Schwitz: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

Zeitz: Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Schuhmacherberber“.

Wolmet (Wasselfeder Gebirgskreis): Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in Calbes Lokal.

Cisleben: Mittwoch, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

Erscheinen aller Funktionäre, gleichgültig welcher Parteiorganisation, müssen erscheinen!

Seid „bekämpft“ die Sakentrenzler

Er läßt ihnen die — Waffenpässe wegnehmen

Der Wiener Bürgermeister Seid (ein bekannter Nazikomrade) hat als Landesgruppenleiter an die Polizeidirektion einen Antrag gestellt, worin die Polizei verpflichtet wird, „allen bekannten Angehörigen der Sakentrenzlerorganisation die Waffenpässe wegnehmen (und die Waffen? Am d. Red.) Wenn die Polizei von Sakentrenzlerischen Veranstaltungen Kenntnis erhält, muß sie alle Vorkehrungen treffen, daß ein Gebrauch von Waffen unter allen Umständen hinfänglich wird.“ Auf gut Deutsch heißt das: Alles Nichts beim Anteil!

Begen Malefizitätsbeleidigung verurteilt

Um Eberts und Noskes Badehofen

Berlin, 13. Juli. Der Schriftsteller Wieland Herzfelde, Mitinhaber des Malik-Verlages, hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Verdrechens gegen § 21 des Preßgesetzes in

Verbindung mit § 8 des Gesetzes zum Schutze der Preßluft zu verantworten. Der Angeklagte hatte die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift „Die Welt“ verbreitet, in deren Nummer 8 das Eberts-Bild, auf dem Ebert und Noske in Badeflochten dargestellt worden, in einer Karikatur wiederholt worden war. Ebert und Noske fanden in einem Brief von Stralendorff in dem viele Reichen herumschweben. Das Gericht verurteilte Herzfelde zu 1 Monat Gefängnis. In dem Bild wurde eine schwere Verletzung erlitten.

Wie die Alten jungen . . .

(Eig. Ber.) Berlin, 15. Juli.

Wir haben schon kurz über die Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin der Jugendgruppe des Reichsbanner Schwarz-Gold berichtet. Dort war der Beschluß gefaßt worden, den Namen des Bundes und die Farben Schwarz-Rot-Gold abzulehnen und die rote Fahne, die Fahne des November, als Banner zu wählen. Gegen diesen Beschluß lief Karlchen Ebert, der Sohn des Herrn Reichspräsidenten, Sturm. Er griff die Opposition tätlich an. In dieser Veranlassung wurde der Regierungshochrat vorgeworfen wegen der unrichtigen Ablehnung des Ministeriums Feigler. Karlchen Ebert hat daraufhin seine demokratische Pflicht erfüllt und gegen die Weiblicher der Regierung Strafantrag gestellt.

Wachsende Arbeitslosenziffer

(WZ.) Berlin, 12. Juli.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des Monats Juni ist im unbedeutenden Gebiet die Zahl der Vollerwerbslosen von 213 000 auf 241 000, d. h. um 13 Prozent gestiegen. Die Zahl der Zuschlagempfangler — unterstützungsberechtigte Angehöriger Vollerwerbsloser — im unbedeutenden Gebiet hat im gleichen Zeitraum von 263 000 auf 298 000, also um 13 Prozent zugenommen. Für das besagte Gebiet liegen die absehenden Ziffern noch nicht vor.

Wer arbeitet, soll nicht essen!

75 Monate Gefängnis für Mundraub

(Eig. Draht.) Hiesberg, 13. Juli.

Neuer fand ein Landfriedensbruch in Kohnhofs Hatt. Angeklagt waren Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Herbst 1923 während der großen Entlastung auf dem Felde des Grafen Zsch. Berg Weizen geschnitten hatten. Die Angeklagten, die meistens Streikarbeiter waren, haben auf einem 20 Morgen großen Weizenfeld, nachdem die Garben schon aufgestellt waren, Weizen geschnitten, dieselben mit nach Hause genommen und zu Brot verbacken.

Das Gericht verurteilte von 46 Angeklagten 25 zu je 3 Monaten Gefängnis. 21 wurden freigesprochen.

Severings Holz

(Eig. Draht.) Wachen, 13. Juli.

Sier wurden einige Parteimitglieder in Unterfuchungshaft genommen, weil sie Schmuggler unter Androhung von Waffengewalt 2000 Zigarren abgenommen hatten, die aber von den Parteimitgliedern eigenhändig verkauft wurden, ohne die Schmuggler anzugehen.

Beeridigung des Genossen Neubacher

(Eig. Draht.) Schwerin, 13. Juli.

In Schwerin fand die Beeridigung des von der Justiz in den Selbstmord getriebenen Genossen Neubacher unter ungeheurer Beteiligung der Arbeiterkraft statt. Die Polizei verbot sich nicht, die Beerdigung zu provozieren, indem sie verbot, dem Leichensarg eine schwarz-rote Fahne voranzutragen. Während der Rede des Genossen Jungblut genarrten acht Kriminalbeamten die Rede mit, dank der besonderen Haltung der Arbeiter fiel niemand auf die Prozedation der Polizei rein.

Reinert im Porzellanladen

Berlin 12. Juli.

Auf Antrag der Deutschen Volkspartei, der sich die SPD. angeschlossen hat, der Preussische Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit dem billigen Porzellanläden von Müritzen und SPD-Wagen beschäftigt. Aus dem bisher erstatteten Bericht ergibt sich folgendes nichtige Bild:

Der sozialdemokratische Landtagspräsident und Oberbürgermeister Reinert hat Einkäufe gemacht, bei denen die hantliche Porzellanmanufaktur 470 Mark weniger erhielt, als der normale Verkaufspreis vorlag!

Der preussische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Otto Braun hat ein Ernter erbt Wahl erhalten, aber nur ein dritter Wahl bezog!

Der sozialdemokratische Landesminister Siering, der in seiner Stellung zugleich Aufsichtsinhaber der Manufaktur ist, hat 77,83 Gehalt zu wenig bezog. Nachträglich hat er 40 Mark nachgezahlt!

Der Reichsminister Höpke (Zentrum) hat durch unzulässige Rohabgabegewährung 66,75 Gehalt profitiert.

In den billigen Einkäufen sind auch beteiligt der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Heilmann, der sozialdemokratische Volksminister Severing und der bürgerliche Staatskommissar Weismann. Die Beerdigung der Manufaktur hat dadurch 75 Pfunde, das den einzelnen Käufern ein Rabatt von 80 bis 75 Prozent gewährt wurde, während der übliche Rabatt für Stücke mit kleinen Fehlern 33,3 Prozent beträgt.

Um ihre eigene Schande zu zerlegen, liegen die Sozialdemokraten festhalten, daß Wilhelm II. feinerzeit 20 Statuetten für einen ebenfalls völlig unangehörigen Preis bezogen hat.

Politische Notizen

Deutschsozialistischer Parteitag

Der Deutschsozialistische Parteitag und die Nationalsozialistische Arbeiterpartei werden ihren Parteitag gemeinsam vom 17. bis 19. August in Weimar abhalten. Dieser Parteitag ist darum von besonderem Interesse, weil auf ihm die Gegenüber zwischen der großbürgerlich-junkerlichen Richtung Eberts und der kleinbürgerlich-völkischen Richtung Hitler zum Austrag kommen. Augenblicklich hat, wie wir bereits mitteilen, diese Richtung, die äußerlich stark Form annehmen, angenommen und dazu geführt, daß Hitler die Führung der Partei niedergelegt hat, die nunmehr in die Hände derer um Lubendorf und Konforten gelangt ist.

Betriebsrätevollversammlung Dienstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspart“

des Erwerbslosenrates, der Gewerkschaftsfunktionäre und des Genossenschaftsrates

Thema: Das Sachverständigengutachten

Die Betriebsräte aller Industriegruppen müssen restlos an dieser Aufklärungsversammlung teilnehmen

